

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer anlässlich des VU Parteitages am Montag, den 23. Juni 2014 im Gemeindesaal Gamprin.

Liebe Parteifreunde,

mitten im Sommer und während einer Fussball-WM zu einem Parteitag einzuladen, braucht Mut. Die VU hat diesen Mut bewiesen und ich danke Euch allen, dass ihr heute Abend hier seid. Eure Präsenz beweist, dass es Menschen gibt, denen politisches Engagement und die Auseinandersetzung mit den Themen, die unser Land bewegen, wichtig ist, noch wichtiger als König Fussball.

Und wichtige Themen waren und sind es denn auch, welche die Regierung und den Landtag im ersten Jahr nach dem historischen Wahljahr 2013 beschäftigt haben, und auch in Zukunft noch beschäftigen werden. In den folgenden Ausführungen möchte ich einen Streifzug durch die politische Arbeit in der Koalitionsregierung der letzten 15 Monate unternehmen, mit Schwergewicht auf die politische Arbeit in meinem Ministerium und die noch bevorstehenden Herausforderungen. Aber ich werde auch einen Blick über den Gartenhag werfen und ich möchte es nicht unterlassen, Euch meine Einschätzung zur Situation der Partei darzulegen. Ich danke Euch jetzt schon für die Geduld, die Themenbreite lässt sich nicht in 5 Minuten bewältigen.

Bei der politischen Arbeit in den ersten 15 Monaten nach den Wahlen 2013 stand vor allem die Schiefelage des liechtensteinischen Staatshaushalts im Vordergrund bzw. bildete einen dominanten Hintergrund. Sei es direkt, wie bei der Sanierung der staatlichen Pensionskasse oder bei den jährlichen Themen Budget und Landesrechnung. Sei es indirekt, wie zum Beispiel bei der Suche nach einer neuen Lösung für die staatliche Telecom, wo der Landtag der von der Regierung bevorzugten Swisscom-Lösung mit den geringsten finanziellen Risiken eine Absage erteilt hat und so den Weg gewiesen hat zur Neubeurteilung des gesamten Themas, von einer neuen Strategie betreffend Netzausbau und –unterhalt bis zum Sicherstellen einer finanziell erfolgreichen eigenständigen Zukunft der Telecom Liechtenstein AG. Apropos Telecom: Nachdem sich die Regierung bereits letzte Weihnachten für eine neue Strategie entschieden hat und der Landtag diese Strategie im Junilandtag positiv gewürdigt hat, werden wir in Kürze weitere Neuigkeiten zum Thema Telecom bekanntgeben können. Ich bin zuversichtlich, dass wir uns auf einem guten Weg befinden.

Zurück zum Thema Staatshaushalt. Manche Themen, die sich direkt mit einer Entlastung des Staatshaushalts beschäftigen, sind gut unterwegs. Die Abschaffung des Staatsbeitrags zur Arbeitslosenkasse fand im Landtag im Rahmen der ersten Lesung grosse Unterstützung, sie entlastet den Haushalt mit 3 Millionen jährlich. Weniger Freude hatte ich mit der Entscheidung des Landtags zur Nicht-Teilnahme am europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020. Als Wirtschaftsminister vertrat ich die Anliegen der Wirtschaft und der Forschungsorganisationen, die eine Teilnahme sehr empfohlen und vor den Folgen einer Nichtteilnahme gewarnt haben: kurzfristig haben wir gespart, ja, aber langfristig haben wir wohl Mehreinnahmen durch Innovationen und neue Arbeitsplätze verringert. Hier ist uns die FBP als Koalitionspartner im Landtag erstmals sozusagen abhandeln gekommen, und auch seitens der Regierungskollegen von der FBP kam nur halbherzige Unterstützung für Horizon 2020.

Ganz anders das Verhalten der VU bei der PVS-Sanierung. Im Bewusstsein der grossen Verantwortung und einer gelebten Koalition hat sich die VU in Regierung und Landtag hinter die vom

Regierungschef und seinem Ministerium ausgearbeitete Lösung gestellt. Auch der VU stellten sich kritische Fragen zur PVS-Vorlage, wie auch der Parteivorstand bewiesen hat, aber im Sinne der Sache und im Sinne einer ausgewogenen Lösung stand die VU in Landtag und Regierung geschlossen zur Regierungsvorlage. Dies hat sicher wesentlich zur knappen Ablehnung der beiden WinWin-Initiativen beigetragen.

Landtag und Regierung haben sich intensiv mit den Ursachen für das strukturelle Defizit unseres Haushalts beschäftigt. Vor allem das Steuersystem stand dabei immer wieder im Brennpunkt. Tatsache ist, dass wir seit der Steuerreform 2009 deutlich geringere Steuereinnahmen von den Unternehmen erhalten, Experten sprechen von jährlich rund 150 bis 200 Millionen Franken. Fakt war aber auch die gleichzeitige weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, verbunden mit der Frankenstärke, die bei den Unternehmen ebenfalls nicht spurlos vorbeigegangen ist und die tiefe Spuren in den Ergebnissen vor allem der Industriebetriebe hinterlassen hat. Dies hatte natürlich ebenfalls massive Auswirkungen auf die zu entrichtenden Steuern. Wie gross der Anteil der Steuerreform an den Ursachen für die Mindereinnahmen ist, daran scheiden sich die Geister. Zumindest die VU ist sich in Regierung und Fraktion aber einig, dass nun auch auf der Einnahmenseite des Haushalts, sprich bei den aktuell diskutierten Anpassungen am Steuersystem, etwas gehen muss, egal, wie viel Schuld das neue Steuerrecht an den Ausfällen trägt. Die Sanierung des Staatshaushalts darf nicht nur mit Sparen und Abschaffen von staatlichen Leistungen, sondern muss auch mit Korrekturen auf der Einnahmenseite vorangetrieben werden. Es geht dabei nicht um übermässige Belastungen, sondern um ein zurück zu einem gesunden Mass.

Dass der Staatsapparat selbst effizienter, schlanker und damit weniger kostenverursachend werden muss, diese Forderung ist sicher dennoch weiterhin berechtigt. Insofern stellt der Spardruck auch eine Chance dar. Die Regierung hat sich dabei, entgegen mancher Forderungen nach Radikalmassnahmen, für einen vorsichtigen Weg entschieden, der jede Neu- oder Nachbesetzung sehr kritisch hinterfragt, aber keinen raschen Stellenabbau durch Kündigungen vorsieht. Das Thema Bürokratieabbau und Deregulierung wurde dagegen meines Erachtens noch nicht in aller Konsequenz angegangen, hier besteht sicher noch Handlungsbedarf. Aber dennoch, in vielen Amtsstellen wurde mit dem gewählten Ansatz der natürlichen Reduktion bereits deutlich Personal abgebaut. Dieser Prozess muss weitergehen, mit Augenmass und mit dem Bewusstsein, dass nicht nur Personal abgebaut werden kann, sondern auch die dahinterstehenden staatlichen Leistungen reduziert werden müssen, ansonsten die Mehrbelastung für die verbleibenden Mitarbeiter irgendwann ein ungesundes Mass erreicht.

Neben den finanziellen Problemen und ihren Auswirkungen auf die verschiedensten Gesetzeswerke dürfen wir aber nicht vergessen, dass auch andere Themen die Bürger bewegen und nicht komplett ausgeblendet werden dürfen. Auch diese Lebensbereiche wollen weiterentwickelt, beständig verbessert und aktualisiert werden. Insbesondere im Justizbereich und im Bereich Umwelt und Infrastruktur, also zwei Geschäftsbereichen mit VU-Verantwortung, ist im vergangenen politischen Jahr viel gearbeitet worden und sind Fortschritte erzielt worden. So wurde das Kindschaftsrecht mit der gemeinsamen Obsorge als Regelfall und der gerichtlich angeordneten und staatlich mitfinanzierten Mediation erfolgreich zum Abschluss gebracht, nachdem das Projekt bei Amtsantritt noch verschiedenen verhärteten Fronten gegenüber stand. Hier hat der intensive Austausch mit den verschiedenen Interessengruppen den Durchbruch gebracht.

Im Justizbereich habe ich ausserdem breite Reformen angestossen, die teilweise überfällig waren und seit Jahren schubladisiert worden waren. Auch hier haben Gespräche mit den involvierten Interessengruppen den Durchbruch oder zumindest einen grossen Fortschritt gebracht. Von den verschiedenen Teilprojekten ist die Reform des Ober- und Kriminalgerichts sehr gut unterwegs, die Neuregelung der Entschädigung der nebenamtlichen und Ad-Hoc-Richter braucht noch etwas Feinabstimmung, damit die neue Lösung auf breitere Akzeptanz stösst. Diese beiden Projekte bezwecken vor allem eine Qualitätssteigerung im Justizwesen, sie zielen nicht auf eine Entlastung des Staatshaushalts. Weitere Teilprojekte der Justizreformen, die gleichzeitig mit Systemverbesserungen auch einen Entlastungseffekt auf den Staatshaushalt haben, sind in Arbeit. Hier geht es unter anderem um eine Überprüfung der Verfahrenshilferegeln, die meiner Meinung nach bislang zu oft missbräuchlich verwendet wurden, oder um eine Verkürzung des Instanzenzuges im Strafrechtsbereich, wo wir im Vergleich mit dem Ausland viel zu viele Rechtsmittelmöglichkeiten kennen, die zu massiven Verzögerungen im Rechtsweg führen. Auch der tragische Mordfall in Balzers, der im Sicherheitsbereich Schwächen aufgezeigt hat und der durchaus als Anschlag auf das offizielle Liechtenstein verstanden werden kann, muss uns zu denken geben. Wir werden diesen Fall zum Anlass nehmen, um weitere Systemfehler zu suchen, Sicherheitsfragen neu zu überdenken und unser Justizwesen weiter zu verbessern.

Die Reform des Vermittleramtswesens ist ein weiteres Projekt, das seit vielen Jahren diskutiert wurde und nun zum Abschluss gebracht werden soll. Nachdem vor der Vernehmlassung noch widersprüchliche Signale vorlagen und daher ein Kompromissvorschlag ausgearbeitet wurde, hat die Vernehmlassung nun gezeigt, dass eine grosse Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer, insbesondere die Gemeinden und das Landgericht sowie die Staatsanwaltschaft, eine völlige Abschaffung doch klar bevorzugen. Derzeit arbeiten wir an einer Vorlage an den Landtag, die diesen Forderungen gerecht wird und die Folgen abfedert.

Zwei weitere Themen beschäftigen mich derzeit intensiv im Bereich der Justiz und dem Inneren. Im Justizbereich ist es das Thema der Verbesserung der Situation von Frauen in Schwangerschaftskonflikten. Dieses Thema soll endlich im Sinne der allseits geforderten Entkriminalisierung mit Begleitmassnahmen weitergebracht werden. Die Postulatsbeantwortung hat einen Weg aufgezeigt, die Unterstützung des Fürstenhauses liegt vor, und die Schwächen des isolierten FBP-Vorstosses von letztem Herbst, der die Begleitmassnahmen aussen vor gelassen hatte, wurden ausgemerzt. In Kürze wird eine entsprechende kurze Vernehmlassung zu den Anpassungen im Strafrecht, wie sie die Postulatsbeantwortung vorsieht, vorgelegt werden. Ich hoffe sehr, dass sich eine breite Mehrheit für diesen einzig übriggebliebenen Weg findet, welcher den Frauen eine Verbesserung der schwierigen Lage nach heutigem Recht bringt.

Im Bereich des Inneren sind wir dabei, einen gangbaren Weg aufzuzeigen, wie Ausländliechtensteiner unter bestimmten Bedingungen für eine gewisse Zeit ihr Stimm- und Wahlrecht auf Landesebene behalten können, nachdem sie unser Land verlassen haben. Die Idee ist, Liechtensteinern, die hier gelebt haben, nach ihrem Wegzug für eine Zeit von 10 Jahren, mit einmaliger Verlängerungsmöglichkeit, das Stimm- und Wahlrecht auf Landesebene weiterhin zu ermöglichen, da eine hohe Rückkehrwahrscheinlichkeit und damit auch eine potentielle Betroffenheit besteht. Damit können zwar nicht alle Wünsche erfüllt werden, aber die Vorlage soll einen gangbaren Kompromiss und einen Fortschritt in dieser ebenfalls langen Geschichte bringen.

Ein paar Worte zur Wirtschaft. Die Konjunkturprognosen sind gut, leicht rosarot würde ich sogar sagen, und die Arbeitslosigkeit, insbesondere auch die Jugendarbeitslosigkeit, scheint im Griff. Alles paletti also? Leider nein. Liechtensteins Wirtschaft steht vor grossen Herausforderungen und etliche Zielkonflikte sind am Horizont erkennbar. Die Annahme der Initiative zur Masseneinwanderung in der Schweiz stellt Liechtenstein bei einer restriktiven Umsetzung vor grosse Probleme. Liechtenstein ist auf eine gute regionale Zusammenarbeit angewiesen, unser inländischer Arbeitsmarkt ist viel zu klein für die starke liechtensteinische Wirtschaft. Mittlerweile werden mit knapp 19'000 Grenzgängern mehr liechtensteinische Arbeitsplätze von Grenzgängern besetzt, als von in Liechtenstein niedergelassenen Arbeitnehmern. Das zeigt: das Arbeitsplatzwachstum in Liechtenstein wird vor allem mit Grenzgängern gedeckt. Und wenn ich mir die aktuellen Wachstumsprognosen der grösseren liechtensteinischen Arbeitgeber ansehe, dann werden wir diesen Zuwachs an Arbeitsplätzen weder mit Inländern noch mit unseren eigenen Zuwanderungskontingenten abdecken können, so sehr mich die Wachstumsprognosen auch freuen. Und wenn das Steuersubstrat aus diesen neuen Arbeitsplätzen bei keiner oder nur geringer Quellenbesteuerung mehrheitlich in die Nachbarländer wandert, dann nützen uns diese neuen Arbeitsplätze wenig.

Ziel der Regierung ist es ausserdem, mit einer Standortförderungsstrategie den staatlichen Organisationen, welche sich mit der liechtensteinischen Wirtschaft gemäss Gesetz zu befassen haben, klare Vorgaben zu machen, welche Bereiche wie gefördert werden sollen. Dass es dabei nicht um das Ansiedeln von neuen Grossbetrieben mit vielen neuen Arbeitsplätzen oder grossem Raumbedarf gehen kann, ist wohl einleuchtend. Es geht vielmehr darum, neue Keimzellen zu schaffen, aus denen organisch neue innovative und liechtenstein-verwurzelte Unternehmen heranwachsen können, vielleicht auch um andere Unternehmen, die uns verlassen haben oder aus irgendwelchen Gründen eingegangen sind, ersetzen zu können. Wir müssen uns aber bewusst sein und die Erwartungen entsprechend anpassen, dass Wirtschaftswachstum keine Aufgabe des Staates ist. Wirtschaftswachstum entsteht durch Unternehmen und Unternehmer, Wirtschaftswachstum entsteht durch Eigeninitiative und verantwortungsbewusste Unternehmer. Der Staat muss dazu die bestmöglichen Rahmenbedingungen setzen, oder diese verteidigen.

Und genau hier schliesst sich der Kreis. Einerseits wollen wir die optimalen Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen verteidigen. Andererseits stellen uns die Sanierung des Staatshaushalts vor grosse Herausforderungen. Insbesondere die dabei immer wieder auftauchende und von mir schon erwähnte Frage nach angemessener Besteuerung der Unternehmen, und andere externe Faktoren wie die verschärfte Zuwanderungsregulierung oder die Energiewende und deren Begleitung durch eine kluge Energiepolitik, um nur ein paar Beispiele zu nennen, sind Themen mit Konfliktpotential. Wir wollen unsere Unternehmen fördern, aber wir müssen auch fordern. Als Wirtschaftsminister kein leichter Spagat.

Ich komme zur Arbeit in der Regierung selbst. Das erste Jahr ist vorüber, und immer noch kein Streit innerhalb der Regierung. Langweilig, sagen die einen. Endlich, sagen andere. Ich persönlich teile die Ansicht, dass es das Gebot der Stunde ist, angesichts der grossen Herausforderungen, die unser Land vor sich hat, eine Regierung zu haben, die politische Streitereien unterlässt und sich nach einer intensiven internen Lösungssuche geschlossen zu getroffenen Entscheidungen bekennt. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

Anders stellt es sich im Landtag dar. Hier darf es durchaus auch einmal zwischen den Vertretern der Koalitionsparteien zu unterschiedlichen Meinungen kommen, das ist keine Frage. Das Mandat als

gewählter Volksvertreter fordert geradezu eigenes Denken und Handeln. Andererseits gilt es, bei wichtigen Themen gemeinsam mit dem Koalitionspartner die nötigen Mehrheiten sicherzustellen. Auch das ist gerechtfertigt und gehört zum politischen Prozess. Schliesslich wurde man von einer Partei portiert und hat diesbezüglich auch eine gewisse Verantwortung.

Das Stichwort Partei ist gefallen. Lassen sie mich am Schluss noch ein paar Worte zur Partei sagen. Wo steht die VU heute, anderthalb Jahre nach der harten Niederlage bei den letzten Landtagswahlen?

Vieles ist besser als vor 2, 3 Jahren. Fraktion und Regierung sind geschlossen, sind zwei gut harmonisierende Teams. Ja, ich empfinde das Regierungsteam und das Landtagsteam der VU als *ein* Team. Dies ist trotz Gewaltenteilung gut so, es erleichtert die Verarbeitung von manchmal auch unterschiedlichen Auffassungen. Freundschaft, Geschlossenheit und Vertrauen innerhalb der Partei sind wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche politische Arbeit, und sie erleichtern die tägliche Arbeit, die auch *ohne* parteiinterne Scharmützel sehr fordernd und anstrengend ist.

Ich persönlich denke, dass die VU eine gute Chance hat, aus den nächsten Wahlen wieder gestärkt hervorzugehen. Vielleicht wird es keine absolute Mehrheit sein, aber es kann gut sein, dass die Zeit der 40-plus-Prozent-Parteien auch in Liechtenstein sowieso zumindest vorläufig vorbei ist. Und wenn die VU die relative Mehrheit erreicht, dann ist mir das auch mehr als recht. Daran arbeiten wir, mit Fokus weniger auf einen künftigen Wahlsieg, sondern mehr darauf, was für unser Land das Beste ist. Und das schliesst sich ja nicht aus, im Gegenteil.

Wie betont es unser Ehrenpräsident Oswald Kranz immer wieder: Vergesst die Heimat nicht. Unsere Partei ist zwar fortschrittlicher als andere, die den Begriff sogar in ihrem Namen tragen. Und dennoch wollen auch wir nicht alles über den Haufen werfen, wir wollen Sorge zur Heimat tragen, wir wollen unser Liechtenstein für die kommenden Generationen lebenswert, gesund und zukunftsfähig erhalten. Aber, wir wollen auch Fortschritte erzielen, wir wollen auch Anpassungen an neue Entwicklungen, und wir wollen Antworten auf neue Herausforderungen, die mit einem blossen Beharren auf Bisherigem nicht gegeben werden können. Dieser Brückenschlag zwischen stolzer Heimatliebe und Offenheit für Fortschritt, zwischen Bewahren und Veränderung, dieser Brückenschlag sollte der VU Verpflichtung und Programm sein. Er fordert einer breiten, liberalen und doch auch in gewisser Weise konservativen Partei vieles ab. Heimatliebe und Fortschritt sind aber kein Widerspruch. Kompromissfähigkeit ist die entscheidende Qualität. Sie erfordert Geduld, sie fordert vor allem Toleranz.

Es ist beliebt geworden, wegen einer abweichenden Meinung in einer Sache aus Protest gleich aus einer Partei auszutreten, und es ist beliebt geworden, nach radikalen, einfach tönenden Lösungen zu schreien. Manch einer verwechselt dabei unabhängig mit rücksichtslos. Die Stärke einer Partei wie der VU liegt in der Vielfalt, die dennoch Mut zu Entscheidungen hat. Eine Partei, die Vielfalt erlaubt, tolerant zu abweichenden Meinungen ist, die aber dennoch Entscheidungen nicht scheut und von ihren Mitgliedern dann die Toleranz von Mehrheitsentscheiden auch einfordert, eine solche Partei wird immer eine Zukunft haben. Eine solche Partei wird den Vernünftigen und Sachgerechten Heimat sein, und sie wird den Extremen Widerstand leisten und das langfristige Landesinteresse stets vor das kurzfristige Parteiinteresse stellen.

Die Vaterländische Union ist eine solche Partei, eine Partei der Mitte, eine Partei der Verbindung von Fortschritt und Heimatliebe, eine Partei der Toleranz. In einer solchen Partei fühle ich mich wohl, und

für eine solche Partei setze ich mich gerne ein, weil ich ihre Werte teile. In diesem Sinne komme ich nun wirklich zum Schluss und danke allen, die sich ebenfalls für die VU und für unser schönes Land einsetzen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und einen schönen Abend noch. Danke.